

MACIEJ ZBLEWSKI ▶

Russlands Energiepolitik als Teil der russischen Außenpolitik¹

Abstract

This publication is part of the doctoral thesis, written in German with the title: Die Energiepolitik der Russischen Föderation im Zeitraum 2000–2009 und deren Auswirkungen für die energetische Sicherheit der EU (The Russian energy Policy 2000–2009 and its impact on the European energy security). The article presents how the Russian Federation is using its energy resources to achieve their current and future foreign policy goals. The author makes an attempt to explain a number of fundamental issues relating on the one hand to the main motives of the Russian Federation in this field and on the other to its methods. He also analyses the Russian energy strategy and its negative impact on the energy security of the European Union. As important elements of this strategy the "Gas-OPEC" as well as the direct and indirect investments of Gazprom in EU are mentioned. It is claimed that the implementation of pipeline projects by the Russian Federation (Nord-Stream and South-Stream) isn't carried out at the bilateral relations level randomly – Nord-Stream (Russia-Germany), South-Stream (Russia-Italy) – but rather is seen as an opportunity to strengthen Russia's relations with selected countries. This can be seen as an attempt to make the European Union weaker as a multilateral organization.

Key words: energy policy, the European Union, natural gas, Russian Federation

¹ Dieser Aufsatz basiert auf der Dissertation „Die Energiepolitik der Russischen Föderation im Zeitraum 2000–2009 und deren Auswirkungen auf die energetische Sicherheit der EU“, welche auch als Buch erschienen ist.

Абстракт

Данная публикация является частью диссертации, написанной на немецком языке, „Die Energiepolitik der Russischen Federation im Zeitraum 2000–2009 und deren Auswirkungen für die energetische Sicherheit der EU“. В данной статье представлен способ, в который Россия использует энергетические ресурсы для выполнения своих текущих и будущих целей внешней политики. Автор делает попытку объяснить ряд фундаментальных вопросов, касающуюся как основных мотивов Российской Федерации в этой области, так и используемые ею методы. Анализируется также вопрос энергетической стратегии России и вытекающие из этого угрозы для энергетической безопасности Европейского Союза. Важными элементами этой стратегии является «Газовой-ОПЕК», а также прямые и косвенные инвестиции Газпрома в страны ЕС. Было установлено, что реализация трубопроводных проектов Российской Федерации (Nord-Stream и South-Stram) не осуществляется случайно на двусторонних отношениях: Nord-Stream (Россия–Германия), South-Stream (Россия–Италия), потому что таким образом Россия укрепляет свои отношения с отдельными странами в то же время ослабляя Европейский Союз как многостороннюю организацию.

Ключевые слова: энергетическая политика, Европейский союз, природный газ, Россия

Nach dem Sieg Putins in den Präsidentschaftswahlen (03.2000) kann man eine Änderung der russischen Außenpolitik feststellen. Seit diesem Zeitpunkt konnte man eine immer größere Bedeutung der Energiepolitik innerhalb der Außenpolitik Russlands wahrnehmen. In diesem Zusammenhang kann man auch davon sprechen, dass seit diesem Zeitpunkt in der russischen Außenpolitik neben den politischen auch die ökonomischen Einflussmöglichkeiten genutzt wurden. Die Möglichkeit die politische und wirtschaftliche Agenda anderer Staaten im sog. Nahen Ausland²

² „Der Begriff „nahes Ausland“ hatte von Anbeginn an weniger eine geographische als vielmehr eine politische Bedeutung. Er sollte den Sondercharakter des Verhältnisses Rußlands gegenüber den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion unterstreichen und vermitteln. Das Streben Rußlands nach einer Sonderrolle im „nahen Ausland“ hängt mit seinem Anspruch auf den Weltmachtstatus zusammen. Die russische Dominanz in der „eigenen“ Einflußzone – im „nahen Ausland“ – wird als ein unabdingbares Attribut des Großmachtstatus Rußlands betrachtet.“ Quelle: Alexandrova, Olga: Russland und sein „nahes Ausland“: Integrationsvorstellungen und Ansätze der russischen Integrationspolitik, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale

zu beeinflussen, wurde seitens der russischen Führung immer öfter genutzt. Die Energiekrisen zwischen Russland und den Transitstaaten (Ukraine, Weißrussland) hatten mehrere Hintergründe. Spätestens seit diesen Krisen kann man davon sprechen, dass Russland bereit ist, die energiepolitische Abhängigkeit einiger Staaten auszunutzen, um die Realisierung der eigenen Ziele sicherzustellen.

Jak pokazuje studium Roberta Larssona ze Szwedzkiej Agencji Badań Obronnych, Rosja sięga po broń energetyczną zaskakująco często, jednocześnie podkreślając, że jest niezwykle pewnym dostawcą. Tajemnica tego pozornego paradoksu polega na tym, że dostawy do krajów zachodnioeuropejskich rzadko ulegają zakłóceniom, a nigdy nie zdarza się to w wyniku skalkulowanych działań (Lucas, 2008, S. 231).

Wie die Studie von Robert Larsson aus der Schwedischen Agentur der Verteidigungsforschung zeigt, wendet Russland die Energiewaffe verblüffend oft an, aber gleichzeitig unterstreicht Moskau immer seine Zuverlässigkeit als Energielieferant. Das Geheimnis dieses scheinbaren Paradoxes liegt darin, dass die Lieferungen an die westeuropäischen Staaten selten Störungen vorweisen und diese niemals als Folge von kalkulierten Taten erfolgen. [Übersetzung, M.Z.]

In diesem Zusammenhang ist auch die Bereitschaft des Kreml, die EU-Abnehmer von dieser Politikgestaltung in Mitleidenschaft zu ziehen, gegeben. In diesem Kontext verweist Lucas in seinem Werk: *Nowa zimna wojna* auf das folgende Gleichnis:

I od tego właśnie zależy bezpieczeństwo Europy. Czy, powiedzmy, niemieckie gospodarstwa domowe powinny płacić więcej za gaz, żeby zabezpieczyć interesy dalekiej Estonii? Łączenie tych spraw może się wydawać równie absurdalne jak w 1938 roku pomysł, który Chamberlain uznał za „okropny, fantastyczny i niewiarygodny”: żeby obywatele brytyjscy wypróbowali maski przeciwgazowe z powodu sporów o Kraj Sudecki. [...] Lekceważenie interesów państw wschodnioeuropejskich świadczy o ignorancji zarówno w latach trzydziestych XX wieku, gdy rozstrzygały się losy wolnego świata, jak i w sprawie

drogi do zwycięstwa w dawnej zimnej wojnie. Podziały wśród silnych krajów oznaczają zniszczenie ich słabszych sojuszników (Lucas, 2008, S. 232).

Von diesem [gemeinsamen Auftreten, M.Z.] hängt die Sicherheit Europas ab. Sollten z.B. die deutschen Familien mehr für Erdgas bezahlen, um die Interessen des weit entfernten Estlands zu sichern? Die Verbindung dieser zwei Sachen klingt genauso absurd wie im Jahr 1938 die Idee, welche Chamberlain als „schrecklich, fantastisch und unglaublich“ bezeichnet hat: dass die britische Bürger ihre Gasmasken ausprobieren sollen nur wegen Streitigkeiten um das Sudetenland. [...] Die Missachtung der Interessen der osteuropäischen Staaten zeugt von Ignoranz nicht nur in den 30. Jahren des 20. Jahrhunderts, als sich die Zukunft der freien Welt entschieden hat sondern auch am Wege zum Sieg im einstiegen Kalten Krieg. Die Unterschiede unter den stärkeren Staaten bedeuten die Zerstörung ihrer schwächeren Alliierten. [Übersetzung, M.Z.]

Man kann in diesem Kontext klar feststellen, dass während der Amtszeit von Putin die Rolle der Energieproblematik innerhalb der russischen Außenpolitik einen ganz neuen Status erreichen konnte. Diese Entwicklung wurde darüber hinaus durch den stark ansteigenden Preis für Erdgas und Erdöl auf dem Weltmarkt weiter verstärkt.

Meiner Meinung nach sollte man ein ständiges Problem der jetzigen russischen Entwicklung nicht außer Acht lassen. Zwar könnte sich Russlands Position als politische und wirtschaftliche Macht in den nächsten Jahren weiter verbessern bzw. mindestens stabilisieren, aber man sollte auch keinesfalls verkennen, dass die heutige politische und wirtschaftliche Position Russlands nur durch den hohen Preis der Energieträger (2004–2008) entstanden ist. Diese Situation könnte sich gravierend verändern, wenn die Weltmarktpreise für Energieträger zurückgehen würden. Damit wäre die immer noch monogame russische Wirtschaft überlastet und Russland als Staat, welchen man u.U. heute schon als Rentierstaat bezeichnen kann, mit neuen weitreichenden innenpolitischen als auch außenpolitischen Problemen konfrontiert.

In den nächsten Punkten werde ich genauer auf die russische Außenpolitik unter Berücksichtigung der energiepolitischen Fragen eingehen.

1. Russlands Ressourcen als Waffe?

Die Russische Föderation hat während der Energiekrisen zwischen sich und der Ukraine bzw. Weißrussland gezeigt, dass sie unter bestimmten Umständen bereit ist, die Lieferung von Energieträgern an die Europäische Union zu unterbrechen. Auch wenn dieses damalige Vorgehen nicht direkt gegen die europäischen Endabnehmer sondern gegen die Transitstaaten gerichtet war, haben beide darunter gelitten. Die bilateralen Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. Weißrussland haben ihr Apogäum u.U. noch nicht erreicht. Aus diesem Grund kann man nicht ausschließen, dass weitere ähnliche Energiekrisen in der näheren Zukunft auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zukommen könnten.

Anhand der Krisen kann man die Hypothese aufstellen, dass Russland seine Energieträger zu politischen Zwecken instrumentalisiert. Diese Annahme kann jedoch anhand der mir zugänglichen wissenschaftlichen Literatur nicht verifiziert und nicht falsifiziert werden. Eine Tatsache, welche die Möglichkeit der Instrumentalisierung der Energieträger unterstreicht ist die Aktivität des damaligen Präsidenten Putin, welcher selbst am 1.1.2006 in der Zentrale der Gazprom den Gashahn per Knopfdruck zudreht (Vgl. Pleines, 2006, S. 2).

Die Politik der Gazprom bzw. Russlands ist seit einigen Jahren darauf ausgerichtet alle Pipelines, welche Energieträger nach Europa transportieren unter ihre Kontrolle zu bringen. In diesem Zusammenhang stellen die ukrainischen und weißrussischen Teilstücke der Brotherhood und Jamal-1 Pipeline ein primäres Ziel der russischen Politik dar (Abb.1). Man hat im Rahmen der Energiekrisen erkennen können, dass die Gazprom bereit war die Preismodalitäten auf gewisse Zeit zu ändern, wenn die Transitstaaten bereit wären ihre Pipelines in russische Hände zu übergeben. So ein Vorgehen kann als eine Form von Erpressung gewertet werden. Die Europäische Union sollte in diesem Kontext äußerst vorsichtig agieren. Aber kann man natürlich so argumentieren wie Roland Götz, dass

leitungsgebundener Erdgastransport eine hohe gegenseitige Abhängigkeit [kreiert, M.Z.]: Weder die liefernde noch die empfangende Seite kann die Ge-

schäftspartner wechseln. Eine zeitweilige Unterbrechung der Lieferungen wirkt sich daher auf beiden Seiten gleichermaßen schädlich aus (Götz, 2007, S. 21).

Die Aussage von Götz ist problematisch, weil die Gazprom temporär die Lieferungen ohne weiteres einstellen bzw. zurückfahren kann, um gegebenenfalls die Ukraine oder Weißrussland unter Druck setzen. Die Europäische Union hingegen besitzt heutzutage keine alternativen Erdgasquellen, um den Ausfall des russischen Energieträgers zu kompensieren. Der Flüssigerdgastransport ist in Europa zu wenig verbreitet. Die Lieferung von Erdgas via der nicht errichteten NABUCCO-Pipeline würde in diesem Fall auch nicht ausreichen. Außerdem besitzt die Europäische Union keine weiteren Transportrouten, welche nicht genutzt wären. Diese oben erwähnten Fakten zeigen, welche eventuelle Folgen die weitere Aufrechterhaltung der derzeitigen Abhängigkeit von russischem Erdgas nach sich ziehen kann. Um diesem entgegenzuwirken müsste die Europäische Union eine Diversifizierung der Energielieferungen durchführen, d.h. u.a. neue Energiekorridore bauen. Roland Götz argumentiert weiter:

Gasprom ist auf seine Exporterlöse und seinen Ruf als verlässlicher Lieferant entscheidend angewiesen und wäre daher keineswegs geneigt, sie einer russischen „Energieaußenpolitik“ unterzuordnen, die seine kommerziellen Interessen erheblich schädigen würde (Götz, 2007, S. 22).

Wenn man diese Aussage im Kontext der Energiekrisen, welche auch politisch motiviert waren (Vgl. Lucas, 2008, S. 239), analysiert kann man sich die Frage stellen, wieso die Gazprom damals die russische „Energieaußenpolitik“ über den Ruf eines zuverlässigen Lieferanten gestellt hat. Außerdem könnte man aus dem Zitat von Götz schließen, dass der russische Erdgasriese keine anderen Abnehmer findet. Dies sehe ich etwas anders. Einerseits kann man innerhalb Russlands von einer bedeutenden Gaslücke sprechen und andererseits kann Russland weiterhin Erdgas nach Indien, China oder nach der Vereinbarung mit Algerien (LNG-Regasifizierungs Know-how) in die USA transportieren. Hinsichtlich der Erdgaslücke, welche man in Russland wahrnehmen kann, hat sich Frank Umbach wie folgt geäußert:

Darüber hinaus ist die Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant auch deshalb fraglich, weil in den letzten Jahren der innenpolitisch Gasbedarf in Russland wesentlich schneller gestiegen ist, als antizipiert worden war und gleichzeitig nicht genügend Investitionen in neue Erdgasfelder erfolgte. Unabhängige russische Energieexperten gehen ab 2010 von einer Gaslücke von mindestens 126 bcm aus, während die IEA die Gaslücke im Jahr 2015 auf sogar 200 bcm beziffert (DGAP, 2006).

Aus diesem Grund fördert der russische Erdgasgigant kein Erdgas aus den rohstoffreichen Quellen in Sibirien um diese als Reserve für spätere Jahre zu erhalten. Darüber hinaus wird von Experten darauf hingewiesen, dass Russland nicht das benötigte Kapital besitzt um diese Quellen zu erschließen (Riley, Umbach, 2007, S. 84). Die russische Erdgaslücke soll z.T. durch Erdgas aus Zentralasien minimiert werden. Deswegen reagiert Moskau auf die Vorhaben von Aserbaidschan und Georgien, sich näher an den europäischen Organisationen zu positionieren, sehr aufmerksam, da es Russlands strategische Interessen tangiert. Diese Reaktionen Moskaus resultieren auch daraus, dass im Falle eines Beitritts dieser Staaten zur NATO und/oder zur EU, die europäischen Staaten, einen neuen sicheren Energiekorridor aus Zentralasien schaffen könnten und damit eine direkte Verbindung zwischen den rohstoffreichen Gebieten Zentralasiens und Europa unter Umgehung von Russland erhielten. Dadurch könnten die europäischen Endabnehmer eine Diversifizierung der Energielieferungen erreichen, was sie wiederum gegenüber Russland besser positionieren würde. Neben den Energiekrisen scheint die Ausdehnung dieser Politikgestaltung (Energiewaffe) gegenüber Mitgliedern der EU bzw. NATO ein neues Sicherheitsproblem für die westlichen Endabnehmer darzustellen. Als Reaktion auf die Unterzeichnung der Vereinbarung über die Raketenabwehr in der Tschechischen Republik (Radaranlage des Raketenabwehrschildes) konnte man einen rapiden Abfall der Erdöllieferungen an Prag seitens der Russischen Föderation erkennen (Schmidt, 2008).

In diesem Zusammenhang muss man, meiner Meinung nach, noch die Situation während des georgisch-russischen Konflikts anführen. Es gab seitens der russischen Seite mehrere Versuche die einzige Pipelineverbindung in die Europäische Union, welche sich nicht unter der Kontrolle Russlands befand zu zerstören. Diese Aktionen kann man keinesfalls mit

irgendwelchen strikt militärischen Zielen in Verbindung bringen. Vielmehr wurden hier rein strategische Interessen der russischen Außen- und Energiepolitik realisiert. Diese Meinung vertritt auch der letzte Außenminister der Sowjetunion und der ehemalige Präsident Georgiens Eduard Schewardnadse (Prus & Reszka, 2008, S. 12). Durch die Zerstörung der Pipeline könnte Russland gleichzeitig mehrere Ziele erreichen: einerseits den Zusammenbruch der europäischen Diversifizierungsversuche und andererseits eine engere Anbindung Aserbajdschans an Russland, welches nunmehr gezwungen sein würde seine eigenen Energieträger via Russland zu verkaufen.

Das Faktum, dass Russland immer bereitwilliger seine Energieträger als Waffe gegenüber anderen Staaten einsetzt, wurde nicht nur in den einzelnen europäischen Staaten wahrgenommen sondern auch in den USA. So äußerte sich der US-Senator Richard Lugar wie folgt:

Aus amerikanischen Sicherheitskreisen verlautete, russischen Öl und Gas hatten plötzlich die Rolle der ehemaligen Atomraketen eingenommen. [...] Wenn ein Land mit der Energiewaffe bedroht würde, sei dies ein Fall für die Anwendung des Artikels 5 der NATO! (Rahr, 2008, S. 132).

In diesem Zusammenhang ist das Zusammentreffen (12.02.2000) des russischen und aserbaidjanischen Präsidenten in Moskau äußerst interessant (Berliner Zeitung, 2000). Auf diesem Gipfel zeigte sich Russland bereit innerhalb des Streites zwischen Armenien und Aserbajdshan (Nagorny-Karabach) zu vermitteln. Der Kontext des Gipfels war aber ein ganz anderer, Putin versuchte seinen aserischen Kollegen dazu zu bewegen, dass Aserbajdshan den Bau eventueller Energiepipelines nicht unterstützt.

Diese Fakten kann die westliche Staatengemeinschaft nicht außer Acht lassen. Die russische Führung muss sowohl in den bilateralen als auch multilateralen Gesprächen auf internationaler Bühne damit konfrontiert werden. Die westlichen Endabnehmer müssen in ihren außenpolitischen Agenden bezüglich Russland klar darauf verweisen, dass die Verwendung von Energieträgern als Waffe gegenüber anderen Staaten keinesfalls akzeptabel sei. Ohne eine klare Positionierung der Endabnehmer der russischen Energieträgern bzw. der durch Russland eingeführten Rohstoffe wird sich die sicherheitspolitische Lage der Importstaaten gegenüber Moskau weiter

verschlechtern. Man muss hierbei feststellen, dass Russland derzeit (seit 2006) nicht mehr nur die Transitstaaten (Ukraine, Weißrussland) mit seinen Energieträgern unter Druck setzt sondern auch einen Mitgliedstaat der Europäischen Union und der NATO (Litauen – Možeikiu Nafta).³

In diesem Kontext ist die Andeutung der G8-Staaten zu verstehen, Russland aus diesem Gremium zumindest temporär auszuschließen (o.V., 2008). Andere mögliche Aktionen der westlichen Staatengemeinschaft könnten die Aufschiebung der Debatte innerhalb der EU über den PCA-Vertrag sein oder die Androhung Russland den Weg in die World Trade Organization zu versperren. Meiner Meinung nach könnte man nur durch ein eventuelles Androhen dieser Schritte Russland seine Grenzen aufzeigen und damit eine klare geopolitische Positionierung der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber Moskau zu erkennen geben. Die westlichen Staaten müssen aber im Fall der Falle bereit sein diese Schritte zu unternehmen, um sowohl sicherzustellen, dass sie ihr Image in der Weltbevölkerung nicht verlieren, als auch dem Kreml klarzumachen, dass die Anwendung der Energielieferungen als politisches Druckmittel keinen Platz im 21. Jahrhundert hat. Selbst wenn Russland seine Energielieferungen nur gegenüber den Transitstaaten (Ukraine und Weißrussland) als Waffe einsetzen würde, kann sich die Europäische Union dennoch nicht sicher fühlen. Frank Umbach sieht in diesem Zusammenhang eine andere Bedrohung:

Ungeachtet dessen erhoffen sich russische Politiker aus der zukünftigen energiepolitischen Abhängigkeit der EU von Moskau eine Art „vorausseilenden Gehorsam“ in der jeweiligen Russland-Politik auf deutscher bzw. europäischer Seite, wie die innenpolitischen Diskussionen in Russland deutlich machen. Aus russischer Sicht soll die zunehmende Energieabhängigkeit der EU von Russland möglichst kritische Fragen oder politische Reaktionen auf die Innen-, Außen-, und Wirtschaftspolitik (wie z.B. problematische Rüstungsexporte in potenzielle nukleare Schwellenstaaten – Iran, Irak, Libyen, Nordkorea, Indien etc. – oder der Tschetschenienkrieg) im deutschen und europäischen Eigeninteresse Deutschlands von vornherein ausschließen. Bezeichnenderweise erklären bereits einige internationale Beobachter und Kommentatoren die eher schwachen Reaktionen der EU auf die russischen Kriegsaktionen [...] (Umbach, 2003, S. 188).

³ Mehr dazu findet man im Kapitel 1.4.

Nach dieser Aussage kann die Europäische Union durch die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen genötigt werden ihren Wertekatalog gegenüber Russland entweder freiwillig aufzugeben oder die Konsequenzen einer engagierten gemeinsamen Außenpolitik betreffend Russland, welche gerade auf diesem Wertekatalog basiert, zu tragen.

2. Erdgas-OPEC

Die Bildung einer Organisation, welche alle Erdgasexporteierenden Staaten umfasst, ist ein Ziel der Außenpolitik Russlands (vgl. Goldthau, 2007). Als ein Grund hierfür kann man die Streuung der weltweiten Erdgasreserven nennen. Russland besitzt als Staat die größten Erdgasreserven der Welt. Diese werden auf 23,4% bzw. 43 Billionen m³ geschätzt. Nichtsdestotrotz sind die Erdgasreserven im Nahen Osten als erheblich größer einzustufen: 41,1% bzw. 75 Billionen m³ (BP, 2009). (BP Statistical Review of World Energy 2009). Auch der Förderpreis ist in diesen zwei Regionen unterschiedlich und dieser spricht auch zu Gunsten der Staaten des Nahen Ostens. Die beiden Faktoren sehe ich als ausschlaggebend für dieses Projekt an. Eine Preis- und Lieferkontrolle könnte in diesem Zusammenhang Russlands Position sowohl gegenüber den Importstaaten (z. B. EU-Staaten) als auch den anderen Exportstaaten verbessern.

Russland hat sich sehr in die Bildung der Erdgas-OPEC engagiert. Man könnte in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Besuche von russischen Politikern (Putin, Iwanow etc.) in anderen Erdgas-exportierenden Staaten verweisen. In diesem Zusammenhang wäre der Besuch von Putin in Algerien im März 2006 zu erwähnen. Damals einigten sich die beiden Parteien auf eine Zusammenarbeit der Gazprom und ihrem algerischen Pendant der Sonatrach (Egospodarka, 2006). Diese Entwicklung sollte aus Sicht der Europäischen Union genauestens analysiert werden.

Eine eventuelle Preisabsprache zwischen den beiden Konzernen könnte ein enormes Problem für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darstellen. Diese Partnerschaft bedeutet, dass mehr als 50% des Erdgases, welches von den EU-Staaten importiert wird, von diesen zwei Subjekten gestellt wird. In diesem konkreten Fall wäre Italien am stärksten betroffen, da nunmehr nur 33% der Erdgasimporte von anderen Konsortien durch-

geführt würden (Łoskot-Strachota, 2006, S. 6). Einen anderen Grund für diese Kooperation zwischen der Gazprom und Sonatrach stellt der Know-how-Transfer dar. Der russische Erdgasriese hatte bis dato geringe Erfahrung auf dem Gebiet des Flüssigerdgastransports.

Ein weiterer Schritt zur Etablierung einer solchen Organisation wurde auf einem Gipfeltreffen des Forums Gas exportierender Staaten (GECF) am 9. April 2007 in Doha getan (OSW, 2007a). In der GECF haben sich die 15 weltweit größten Gasförderländer zusammengeschlossen. Die Gasreserven dieser Staaten belaufen sich auf über 70% der Weltreserven. Die dort anwesenden Politiker einigten sich auf eine intensivere Zusammenarbeit. Am Rand dieses Gipfels fand eine weitere Debatte über die Bildung einer Erdgas-OPEC statt. Zielsetzung der GECF ist es die Fördermengen und damit auch die Preise für diesen Energieträger zu kontrollieren. Aus diesem Grund einigten sich die Teilnehmer auf die Einsetzung einer „High-level Group on Gas Price Formation“ (Goldthau, 2007, S. 1). Wie Andreas Goldthau feststellt, hätte diese Politik große Konsequenzen für die EU-Staaten, welche einer „[...] durch ein Kartell koordinierten Angebotspolitik zumindest kurz- und mittelfristig machtlos gegenüber [stünden, M.Z.]“ (Goldthau, 2007, S. 2). Der Autor konstatiert gleichzeitig, dass die Chance für die Bildung einer Erdgas-OPEC zwar gegeben ist, aber die Folgen einer solchen Zusammenarbeit hält Goldthau für minimal, da Erdgas im Unterschied zu Erdöl ein regionaler Energieträger ist.

Gegenwärtig verhindern die Strukturen des Gasmarkts die Wirksamkeit eines Kartells auf der Anbieterseite. Denn ein solches Kartell kann nur Einfluss ausüben, wenn ein globaler Markt existiert, was bei Gas nicht der Fall ist. Der Gasmarkt ist durch bilaterale Vertragsbeziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten geprägt, so dass nur wenig Raum für frei handelbare Gaskapazitäten bleibt (Goldthau, 2007, S. 2).

Nichtsdestotrotz sagt er zugleich, dass nicht einmal eine Erdgas-OPEC von Nöten wäre um die Europäische Union vor Probleme zu stellen. Eine Kooperation zwischen der Gazprom und Sonatrach und deren Preissteuerung würde in diesem Zusammenhang reichen (Abb. 2).

Ich sehe die Entwicklung einer Erdgas-OPEC als problematisch aus der Sicht der Endabnehmer an. Eine Kooperation zwischen der Gazprom und

Sonatrach stellt, wie Goldthau meint, ein Problem für die EU dar. Eine solche Zusammenarbeit hätte auch eine erhebliche Auswirkung auf die einzelnen Exportstaaten. Meiner Meinung nach könnte in diesem Rahmen speziell Russland profitieren, da es im Vergleich zu den Staaten des Nahen Osten mehr Erdgasreserven hat. Darüber hinaus stellt in diesem Fall die Lage Russlands zwischen verschiedenen Erdgasimporteuren (EU, China, Indien) und die existierenden Pipelineverbindungen einen Vorteil gegenüber den anderen Erdgasproduzenten dar (Abb. 3).

Außerdem könnte Russland so eine gewisse Kontrolle des LNG-Markt erreichen, obwohl es bis dato keine großen Kapazitäten in dieser Richtung besitzt.

Laut Ewa Paszyc könnte die Europäische Union und die Welt de facto in 10–15 Jahren mit der Bildung einer Erdgas-OPEC konfrontiert werden. Als Grund hierfür werden einerseits die langen Lieferverträge und andererseits die immer noch „starren“ Liefermöglichkeiten (Pipelinenetze) genannt (Paszyc, 2007). Fakt ist aber, dass man schon heute ein beträchtliches Anwachsen des LNG-Marktes erkennen kann (Goldthau, 2007, S. 2). Dieses wird schlussendlich zu einer bedeutenden Änderung der jetzigen Situation führen. Aus diesem Grund kann man annehmen, dass die Erdgas produzierenden Staaten in Zukunft ein Interesse an der Zusammenarbeit hinsichtlich der Preisbildung und der Investitionspläne haben werden (Paszyc, 2007).

Die Bildung einer Erdgas-OPEC würde nicht nur die europäischen Staaten sondern die ganze Welt vor enorme politische, wirtschaftliche, soziale und schlussendlich auch sicherheitspolitische Probleme stellen. Die dann faktisch gegebene Möglichkeit auf einzelne Staaten, welche von Erdgas und Erdöl abhängig sind, einzuwirken, birgt äußerst problematische Folgen. Derzeit haben die Erdgasimporteure zumindest die Möglichkeit im Falle von Lieferstopps auf andere Anbieter zurückzugreifen.

Wenn man die Mitglieder der beiden Rohstoffkartelle – der OPEC und der potenziellen Erdgas-OPEC – betrachtet, kommt man zum Schluss, dass sie gegenüber der westlichen Zivilisation nicht immer wohlgesonnen sind. Da die europäischen Importstaaten von Erdgaslieferungen abhängig sind, sollten sie versuchen schon heute auf das schlechteste, aus ihrer Sicht, Szenario (Gründung der Erdgas-OPEC) vorbereitet zu sein. Diese Vorbereitung umfasst die technologische Entwicklung von anderen Energiequellen

und den Ausbau der heutzutage gängigen alternativen Energieträgern: sowohl der Atomenergie als auch der ökologischen Möglichkeiten der Energiegewinnung. Auch könnten die Erdgasimporteure versuchen ihre Position gegenüber den Exportstaaten durch die Bildung von internationalen Organisationen, welche Erdgas für alle Mitglieder erwerben würde, zu stärken. Im Falle der EU-Staaten könnte die Übergabe der Energieproblematik in das Portfolio der Kommission die Energiesicherheit verbessern.

3. Zweiteilung der Europäischen Union

Mit der Ankündigung, dass man die Nord-Stream- und South-Stream-Pipeline errichten wird, konnte Russland einem wichtigen Ziel – Ausbau der Position der Gazprom auf dem europäischen Markt – entscheidend näher kommen (Potocki, 2006). Die Nord-Stream-Pipeline könnte eine Zweiteilung der EU bedeuten. Die neuen EU-Staaten sehen in diesem Unterfangen eine Bedrohung ihrer sicherheitspolitischen Lage (Dąbrowski, 2010). Speziell das Baltikum und Polen treten dieser Pipeline äußerst skeptisch gegenüber. Als Gründe hierfür kann man einerseits die große Abhängigkeit von russischen Energieträgern – z.B. im Baltikum stammt 100% des Erdöl und Erdgases aus Russland (Abb. 2)⁴ und andererseits die Befürchtung, dass nach der Errichtung der Nord-Stream, Russland die Pipelines, welche durch das polnische und slowakische Territorium verlaufen, als politisches Machtinstrument nützen wird, nennen. Diese Bedenken sind durch die Energiekrisen noch gestiegen. Der Bau der Nord-Stream-Pipeline erschwert darüber hinaus eine Diversifizierung ihrer Energielieferungen.

Die Schwächung der Europäischen Union als Akteur auf der internationalen Bühne ermöglicht Russland die politischen und wirtschaftlichen Ziele im sog. Nahen Ausland besser zu realisieren. Dieser innenpolitische Prozess innerhalb der EU schwächt diese Organisation. Durch diese Schwächung kann die russische Außenpolitik ihre Ziele einfacher erreichen. Die Aussage von Frank Umbach „Schweigen für Gas“ illustriert sehr prägnant die deutsche Außenpolitik der Regierung Schröders (Umbach, 2006). Der Machtwechsel in Deutschland hat die beiden EU-Lager wieder

⁴ Vgl. dazu Abbildung 2: Erdgasimporte der europäischen Staaten nach Herkunftsland

näher positioniert. Die Aussagen von Merkel, dass die deutsch-russischen Beziehungen in den nächsten Jahren zwar weiterhin intensiv geführt werden, aber dass nunmehr die mitteleuropäischen Staaten nicht mehr übergangen werden, wurde in Polen positiv aufgenommen. In diesem Zusammenhang muss man aber erwähnen, dass diese Aussage nur als ein Anfang der Änderungen in der deutschen Außenpolitik wahrgenommen wurde (o.V., 2005).

Neben den Folgen, welche sich für die EU, durch die Nord-Stream und South-Stream-Pipeline ergeben werden, werden diese Pipelines die ukrainische und weißrussische Energiesicherheit u.U. negativ tangieren (Gretschmann, 2008). Wenn man diese Entwicklung im Hinblick auf die russische Außenpolitik bezüglich dieser Staaten betrachtet, erkennt man ihre schwierige Situation. Darüber hinaus muss man festhalten, dass nicht nur die Nord-Stream-Pipeline oder die angekündigte South-Stream-Pipeline ein sicherheitspolitisches Problem sowohl für die Transitstaaten als auch für die Endabnehmer darstellt, sondern, dass das gesamte Pipelinennetz, welches russisches aber auch zentralasiatisches Erdgas nach Europa transportiert, immer enger mit dem Kreml als Schaltstelle verbunden ist. Diese Entwicklung wird in der Europäischen Union bzw. den Mitgliedstaaten mit immer größeren Bedenken wahrgenommen (Abb. 4)⁵.

3.1. Nord-Stream-Pipeline

Die Nord-Stream-Pipeline (Abb. 5) stellt einen wichtigen Teil der Diversifizierungsstrategie der Gazprom dar. Durch den Bau dieser Unterwasserpipeline sollen zwei Ziele erreicht werden:

- eine engere Anbindung Weißrusslands an Russland;
- ein direkter Zugang zu den großen Absorptionmärkten für Erdgas in Westeuropa. (vgl. Paszyc, 2010).

Auf der Homepage des Nord-Streams Konsortium wird diese Pipeline als ein „bedeutender Beitrag zur langfristigen Energiesicherheit in Europa“ (Nord-Stream, 2007) bezeichnet. Dieser Aussage sollte man aus europäischer Sicht äußerst kritisch gegenüberstehen. Wird die EU-Energiesi-

⁵ Erdgaspipelines nach Europa werden größtenteils direkt oder indirekt von Russland kontrolliert.

cherheit durch einen weiteren Ausbau der Monopolstellung der Gazprom als Energielieferant vergrößert oder vielmehr verkleinert? Die Einstellung, dass ein weiterer Ausbau der Monopolstellung die Energiesicherheit vergrößert, widerspricht allen wirtschaftlichen und politischen Grundgedanken der westlichen Staaten, in welchen die Entflechtung und Minimierung der politischen Einflüsse auf die Wirtschaft realisiert wird. Wenn man sich die energiepolitische Agenda einzelner Staaten außerhalb Europas näher anschaut sieht man klar, dass diese eine ganz andere politische Zielsetzung verfolgen. Sie sehen in der Sicherstellung von Energielieferungen aus verschiedenen Exportstaaten ihre energiepolitische Sicherheit eher gegeben.

Am 8. September 2005 kam es in Moskau zur Unterzeichnung der Vereinbarung über den Bau der Nord-Stream-Pipeline zwischen der Gazprom und der E.ON-Ruhrgas und der BASF (Gazprom, 2006). Dieser Unterzeichnung wohnten der russische Präsident Wladimir Putin und der deutsche ehemalige Kanzler Gerhard Schröder bei.

Am 30. November 2005 wurde in Zug in der Schweiz das Konsortium vorgestellt, welches das Projekt der North European Gas Pipeline realisieren sollte (Gazprom, 2006). Zu diesem Zeitpunkt wurde der Namenswechsel der Erdgaspipeline offiziell bekannt gegeben (North European Gas Pipeline wurde durch Nord-Stream ersetzt). Während dieser Veranstaltung wurden auch die weiteren Termine, welche sich mit der Vorbereitung des Baus der Pipeline befassen, beschlossen.

Synchron zum Bau der Nord-Stream-Pipeline konnte man einen beträchtlichen Anstieg der Gazprom Aktivitäten in Deutschland wahrnehmen. Am 19. Oktober 2007 hat die deutsche Tochtergesellschaft der Gazprom, die Gazprom Germania, ihre Pläne hinsichtlich des Baus eines der größten Erdgaslager in Europa bekannt gegeben. (Rüther, 2008). Dieses Lager soll in der Nähe von Greifswald, in einem stillgelegten Kohlebergwerk, entstehen. Die Tochtergesellschaft der Gazprom beabsichtigt synchron mit der Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline dieses Erdgaslager zu eröffnen.

Im November 2007 wurden weitere wichtige Entscheidungen, sowohl für als auch gegen den Bau der Nord-Stream-Pipeline getroffen. Im Folgenden werde ich auf diese näher eingehen.

Am 6. November wurde eine Vereinbarung unterschrieben, welche schlussendlich dazu führte, dass der niederländische Erdgaskonzerns N.V.

Niederlandse Gasunie dem Nord-Stream-Konsortium beitreten wird (Lucian, Walters, 2007). Die Machtverhältnisse in diesem Gremium sahen nunmehr wie folgt aus: Gazprom halt 51%, die E.ON 20%, die BASF 20% und N.V. Niederlandse Gasunie 9% (OSW, 2007c). Darüber hinaus führte diese Entscheidung zu einer Vergrößerung der Zahl der Staaten, welche an dieser Investition interessiert waren. Neben Deutschland, Frankreich und Dänemark sprachen sich nunmehr auch die Niederlande für den Bau aus. Darüber hinaus haben weitere Konzerne Interesse am russischen Erdgas geäußert. Neben diesen politisch wichtigen Entscheidungen wurde in diesem Monat auch entschieden, von welchem Unternehmen das Konsortium das Unterwasserrohr beziehen wird. Außerdem hat die Gazprom damals bekannt gegeben, dass es schon Verträge über die von Lieferung 20 Mrd. m³ Erdgas gäbe – bei einer Gesamtkapazität der Pipeline von 27,5 Mrd. m³ (OSW, 2007c). Die Informationen über die Intensivierung des Bauvorhabens werden auch durch den schnellen Bau des Pipelineteilstückes in Russland bestätigt.

Nichtsdestotrotz konnte man keinesfalls dieses Projekt, zu dem damaligen Zeitpunkt, schon als Erfolg bezeichnen. Vielmehr gab es einige Faktoren, welche eher auf das Gegenteil schließen ließen. Das zentrale Hindernis für den Erfolg dieses Projektes stellte das Baltikum, Polen und Schweden dar. Diese Staaten haben ihre Vorbehalte zu dieser Investition schon früher geäußert. Das „Nein“ dieser Staaten bedeutete nicht mehr und nicht weniger als das Ende für die Nord-Stream-Pipeline⁶. Der Grund hierfür lag darin, dass sich alle Ostseestaaten außer Dänemark gegen dieses Projekt aussprachen. Neben diesem Faktum hat auch die EU-Rechtslage den Bau erschwert. Hierbei handelt es sich großteils um ein EU-„Nein“ zur Ausgliederung der deutschen Verbindungsstrecken aus dem europäischen Pipelinennetz (OSW, 2007c). Die Gazprom erhoffte sich die völlige Kontrolle über diese Verbindungsstrecken zu haben, was die EU keinesfalls akzeptieren wollte. Außer den oben erwähnten Faktoren stellte die Rohstoffbasis ein weiteres Problem dar. Anfangs wurde von russischer Seite die Juznorusskoje-Erdgasquelle (OSW, 2007c) als Rohstoffbasis genannt. Wie sich aber herausstellte, sind die dortigen Reserven nicht ausreichend für die Aufrechterhaltung zuverlässiger Energielieferungen. Aus diesem

⁶ Stand November 2007.

Grund begann die Gazprom auch das Stockmann-Feld⁷ als Energiequelle zu nennen. In diesem Kontext ist es aber wichtig darauf hin zu weisen, dass diese Quelle frühestens ab 2015 zu Verfügung stehen wird. In diesem Zusammenhang läuteten in einigen mitteleuropäischen Hauptstädten die Alarmglocken. Man befürchtete, dass die Versorgung der Nord-Stream-Pipeline auf Kosten anderen Pipelines gehen wird.

Die Nord-Stream AG konnte in den späteren Jahren die Vorbehalte der einzelnen Staaten minimalisieren. Nachdem Finnland und Schweden (5. November 2009) dieser Investition zustimmten war klar, dass dieses Projekt realisiert wird (Baczyńska, Johnson, Lamppu, 2009). Zwar haben sich einige Staaten z.B. Polen weiterhin gegen den Bau dieser Pipeline ausgesprochen, da aber diese nicht im polnischen Hoheitsgewässer gebaut wird stellte dies kein Hindernis für die Errichtung dieser Erdgaspipeline dar.

Am 15. Januar 2010 begann der Bau der Kompressorstation in Vyborg (o.V., 2010) Ab April 2010 wurde mit der Errichtung der Pipeline begonnen (Kinnunen, Young, 2010).

3.2. South-Stream-Pipeline

Am 23. Juni 2007 hat der russische Energieriese Gazprom, und der italienische Energiekonzern ENI ein Memorandum unterzeichnet, in dem sich beide für den Bau einer weiteren Erdgaspipeline von Russland nach Europa aussprachen (OSW, 2007b). Diese Pipeline, welche als South-Stream (Abb. 6) bezeichnet wurde, sollte von Russland über das Schwarze Meer nach Bulgarien und später in die Staaten Süd- und Mitteleuropas führen. Die Gazprom erhofft sich durch dieses Projekt mehrere Ziele zu erreichen. Einerseits soll damit eine Diversifizierung der Transportwege stattfinden, was eine weitere Schwächung der Ukraine und Weißrussland als Transitstaaten bedeutet (Łoskot-Strachota, 2007). Andererseits ist dieses Projekt direkt gegen den Bau der NABUCCO-Pipeline, welche Erdgas aus dem Kaspischen Raum in die Europäische Union transportieren sollte, gerich-

⁷ Die Erdgasmenge im Stockmannfeld beträgt 3.700 Mrd. m³; vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/gazprom-will-riesenfeld-nicht-teilen;1146740 (aufgerufen 16.08.2009).

tet (Łoskot-Strachota, 2007). Russland will damit einer möglichen Diversifizierung der Energielieferungen der EU-Staaten entgegenwirken.

Po podpisaniu protokołu [Turcja zgadza się na budowę South-Stream przez swoje wody terytorialne – M.Z] Putin przyznał na konferencji prasowej, że projekt South-Stream jest konkurencyjny wobec gazociągu Nabucco, lecz że oba mogą współistnieć. [...] Agencja Associated Press pisze, że Rosja ma nadzieję, iż Gazociąg Południowy pomoże jej utrzymać dominację energetyczną w dostawach do państw Unii Europejskiej i osłabi unijne starania w dywersyfikacji źródeł energii (PAP Aussendung, 2009).

Nach der Unterzeichnung des Abkommens [die Türkei akzeptiert den Bau der South-Stream-Pipeline durch ihr Hoheitsgewässer – M.Z.] hat Putin während der nachfolgenden Pressekonferenz zugegeben, dass zwar das South-Stream Projekt eine Konkurrenz gegenüber der NABUCCO-Pipeline darstellt, aber diese zwei gleichzeitig existieren können. [...] Associated Press schreibt, dass Russland die Hoffnung hat, dass man mit der South-Stream-Pipeline die energetische Dominanz in den Lieferungen in die Europäischen Union aufrechterhalten wird können und die europäischen Bemühungen der Diversifizierung der Energiequellen schwächt. [Übersetzung, M.Z.]

Die South-Stream Pipeline soll eine Länge von 900 km haben und sie soll auf dem Grund des Schwarzen Meeres verlaufen. In Europa soll sich die Pipeline in zwei Pipeline-Stränge teilen (OSW, 2007b). Die eine würde nach Süden (Griechenland und Italien) und die andere in den Norden (Ungarn und Österreich) verlaufen. Diese Pipeline soll nach gegenwärtigen Informationen eine Transportkapazität von 30 Mrd. m³ Erdgas haben (OSW, 2007b).

Die Ankündigung Gazproms eine weitere Unterwasserpipeline in die EU zu bauen, gliedert sich in die strategischen Ziele der Russischen Föderation ein. Eine direkte Verbindung zwischen Russland und der Europäischen Union würde die Projekte Brüssels, welche darauf abzielen die energetische Abhängigkeit der EU von Russland zu verkleinern, unterlaufen. Darüber hinaus hat schon selbst diese Ankündigung die Position Russlands in dieser Region beträchtlich verbessert. Es stellt auch keinen Zufall dar, dass das Memorandum einen Tag vor dem Energiegipfel der mittel- und osteuropäischen Staaten in Zagreb und zwei Tage vor dem Gipfeltref-

fen der Black Sea Economic Cooperation in Istanbul stattfand. Dadurch konnte der Kreml sicherstellen, dass während dieser Treffen das Thema der South-Stream eine wichtige Position einnehmen wird (Łoskot-Strachota, 2007).

In einigen europäischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang die Befürchtung einer russischen „Einkesselung“ der Europäischen Union genannt (Rüther, 2008). In diesem Zusammenhang stellt sowohl die Vereinbarung zwischen der Gazprom und der ENI eine vergleichbare Strategie zur Nord-Stream-Pipeline als auch eine Erschwerung bzw. Unterminimierung von Diversifizierungsstrategien der Europäischen Union dar. Die beiden Pipeline Bauvorhaben (Nord- und South-Stream) wurden in bilateralen Verhandlungen zwischen der Gazprom und den westlichen Partnern ohne die Berücksichtigung der aktuellen oder zukünftigen Transitstaaten formuliert. Dies ist speziell im Kontext der Mitgliedschaft einiger dieser Staaten in der Europäischen Union und/oder NATO interessant.

Die Ankündigung des Baus der South-Stream-Pipeline führte dazu, dass Ungarns Bedenken über den Sinn der NABUCCO-Pipeline stärker wurden. Schon im März 2007 wollte sich Premierminister Gyurcsany nicht auf eine der beiden Alternativen – Verlängerung der Blue-Stream in die EU bzw. Bau der NABUCCO-Pipeline – festlegen. Sowohl der russische Vorschlag Blue-Stream zu erweitern als auch die Möglichkeit die South-Stream-Pipeline zu errichten, führten zu einem Bröckeln der Unterstützung für das NABUCCO-Projekt innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Fischer, 2007).

3.3. *Resümee*

Anhand der zwei Pipelineprojekte kann man die Zielrichtung der energiepolitischen Agenda Russlands erkennen. Die Strategie des Kremls zielt auf eine Schwächung der Europäischen Union als außenpolitischen Akteur ab. Mit der Loslösung einzelner Staaten wird der Erfolg der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Frage gestellt. Mit dieser außenpolitischen Agenda kann Russland sicherstellen, dass die GASP nicht ins russische Einflussgebiet vordringt (Ukraine, Weißrussland, Zentralasien und Kaukasus). Darüber hinaus wird die Position der EU gegenüber Russland schwächer. Aus diesem Grund versucht die russische Führung immer öfter

ihre Zielsetzung auf bilateraler Ebene gegenüber den europäischen Staaten zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang scheint die Einstellung der nicht EU-Staaten (u.a. Balkanstaaten) gegenüber Russland rational. Die EU-Staaten sollten in diesem Kontext aber an der Findung eines Kompromisses zwischen ihren Zielsetzungen und den Interessen der Union interessiert sein. Meiner Meinung nach sollten die einzelnen EU-Staaten ihre kurzfristigen politischen Interessen nicht über die mittel- bzw. langfristigen EU-Interessen stellen oder zumindest Kompromissbereitschaft in dieser Angelegenheit zeigen. Durch die bisherige Vorgehensweise wird die EU als politischer Akteur international weiter geschwächt und dieses wird früher oder später auch für diese Staaten negative Konsequenzen haben.

In diesem Zusammenhang verwundert mich auch das Lippenbekenntnis einzelner EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, welche von ihnen zwar mitbegründet worden ist aber nicht realisiert wird. Dieser Dissens hat schwerwiegende Folgen sowohl für die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten als auch für die gesamte Europäische Union.

4. Der Fall Možeikiu Nafta

Die Erdölraffinerie Možeikiu in Litauen kann man gewissermaßen als Beispiel der Verknüpfung der russischen Energie- und Außenpolitik ansehen. Diese Raffinerie, welche vor der Yukos-Affäre, von einer holländischen Yukos-Tochtergesellschaft der Yukos-International geführt wurde, wurde im Jahr 2005 zum Verkauf angeboten (vgl. Kublik, 2007c, S. 29). Um diesen Betrieb zu übernehmen musste man 53,7% der Aktien, welche von Yukos-International gehalten wurden, kaufen. Die restlichen Aktien befanden sich im Besitz Litauens. Es gab mehrere internationale Firmen, welche Interesse an dieser Raffinerie bekundeten, darunter auch russische Erdölkonzerne wie die TNK-BP und Rosneft. (Kublik, 2007c, S. 29). Diese zeigten viel Engagement in der Angelegenheit die Raffinerie in Možeikiu zu übernehmen. Schlussendlich haben sie aber einen zu geringen Übernahmepreis angeboten und diese Raffinerie wurde vom polnischen Erdölkonzern ORLEN gekauft. Für den Yukos-International Aktienanteil zahlte ORLEN 1,5 Mil-

liarden \$, für die restlichen Aktien, welche im Besitz Litauens waren, hat ORLEN nochmals 0,8 Milliarden \$ bezahlt. (vgl. Kublik, 2007a, S. 23).

Als alle interessierten Parteien davon ausgehen konnten, dass ORLEN den Zuschlag für die Raffinerie bekommt, kam es zur Einstellung der Erdöllieferungen nach Možeikiu im Juli 2006 (o.V., 2007). Die russische Seite argumentierte, dass sie zu diesem Schritt durch eine Havarie der Pipeline gezwungen worden ist. In diesem Zusammenhang erklärte der Transneft Konzern, welcher eine Monopolstellung hinsichtlich aller russischen Erdölpipelines besitzt, dass der Grund für diesen Zwischenfall aller Wahrscheinlichkeit nach in dem fatalen technischen Stand der Pipeline zu suchen ist. Außerdem stellte der russische Konzern fest, dass solche Vorfälle bei 44-jährigen Pipelines keine Besonderheiten darstellen (vgl. Kublik, 2007a, S. 23). In diesem Zusammenhang sollte man zwei Sachen beachten: einerseits ist der ganze weißrussische Teilabschnitt der Pipeline gleich alt und bis dato gab es dort keine solchen Vorfälle und andererseits kann man anhand der Chronologie von einem bemerkenswerten Zufall sprechen, dass in Moment als klar war, dass die ORLEN den Zuschlag bekommt, auf einmal eine Pipelinehavarie stattfand. Ich will hierbei natürlich nicht sagen, dass diese Situation von einer Seite künstlich herbeigeführt worden ist, aber der Zufall ist nichtsdestotrotz bemerkenswert, besonders wenn man im Hinterkopf die Havarie der von Russland nach Georgien führenden Pipeline hat (vgl. Socor, 2006).

In diesem Zusammenhang ist auch die sehr lange Pipelineuntersuchung seitens der russischen technischen Überwachung, welche erst im März 2007 abgeschlossen wurden, interessant. Wenn man die Aussagen von Götz über die gegenseitige Abhängigkeit näher betrachtet, kann man zum Schluss kommen, dass die technische Untersuchung der Pipeline niemals so lange hätte dauern dürfen. Götz führt nämlich aus, dass eine längere Lieferungsunterbrechung sowohl auf Kosten des Import- als auch Exportstaates gehen würde. Als Folgen für Russland sieht er in diesem Zusammenhang einerseits der Verlust von harter Währung und andererseits eine Imageschädigung – Russland ist kein Zuverlässiger Energielieferant (vgl. Götz, 2007).

Eine sehr interessante Entwicklung stellt in diesem Zusammenhang die Aussage des Chefs des Transneft-Konzerns dar, welcher in einer Aussendung klarstellt, dass u.U. niemals mehr Erdöl aus Russland in die

Možeikiu-Raffinerie transportiert wird (vgl. Kublik, 2007b, S. 23). Darüber hinaus kann man von Seiten des russischen Konzerns immer wieder Suggestionen wahrnehmen, dass ORLEN vielleicht Interesse hätte die Raffinerie an einen russischen Konzern zu verkaufen. In diese Richtung argumentiert auch das Außenministerium Litauens, welches den Lieferungsstopp als Maßnahme zur Preissenkung bei einer eventuellen Übernahme der Možeikiu-Raffinerie sieht. Darüber hinaus wollte man damit u.U. den polnischen Erdölkonzern zum Verkauf der Raffinerie animieren (o.V., 2007).

Der Vize-Außenminister Litauens, Pavilionis, sieht die Gründe für die Havarie der Erdölpipeline und die lange Begutachtung seitens der technischen Überwachung in der Außenpolitik Russlands, welche nicht nur das Baltikum als sog. Nahes Ausland sieht (o.V., 2007). Pavilionis äußert sich in diesem Zusammenhang sehr direkt. Er mahnt die Europäische Union, dass wenn es von ihrer Seite keinen Druck gegenüber Moskau geben wird, dieses dazu führen kann, dass Litauen dieselbe Position wie Polen auf dem EU-Forum einnehmen wird. Darunter versteht er ein eventuelles Veto bei den PCA-Verhandlungen mit Russland (o.V., 2007).

Die Situation rund um die Možeikiu-Raffinerie hat sich bis heute nicht verändert. Die havarierte Pipeline liefert weiterhin kein Erdöl. Die Lieferungen finden via Tanker statt, was natürlich den Produktionsprozess kostspieliger macht. Keine Seite hat dieses Problem durch die Einbindung von rechtlichen Instanzen zu lösen versucht.

Anhand dieses Beispiels kann man erkennen, dass Russland selbst gegenüber einem EU-Mitgliedsstaat mitunter die selbe Strategie, wie gegenüber der Ukraine und Weißrussland, anwendet. Mit diesem Faktum kann man auch die eher skeptische Einstellung der mitteleuropäischen Staaten gegenüber Russland erklären, welche in diesem Zusammenhang offen ihre Bedenken hinsichtlich ihrer energetischen Sicherheit thematisieren. Die Aussage, welche Alexander Rahr in seinem Buch „Russland gibt Gas“ tätigte, sehe ich in diesem Zusammenhang als interessant an. Er vertritt die Position, dass der „russische Investitionsdrang in die alte sowjetische Einflussosphäre [...] naturgemäß politische Ressentiments bei den Betroffenen [weckte – M.Z.]“ (Rahr, 2008, S. 14). Diese Ansicht stimmt, meiner Meinung nach, nur teilweise. Rahr versäumt in diesem Zusammenhang auf die parallel stattfindende Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten (Russland und Litauen) einzugehen. In diesem

Kontext stimmt der sog. Zeitpunkt der Havarie der Pipeline bemerkenswert mit dem Erwerb der Raffinerie durch den ORLEN-Konzern überein. Diese Tatsache wird mehr oder minder von Rahr als Zufall angesehen. Aus diesem Grund erscheint mir auch sein Rückschluss, dass die bilateralen Probleme bzw. die Russenphobie der mittel- und osteuropäischen Staaten ausschlaggebend für die Beziehungen sind,

Die neuen EU-Mitgliedsstaaten haben die alten mit ihrer Russlandangst förmlich angesteckt (Rahr, 2008, S. 14)

nicht ausreichend eruiert zu sein. Die Aussage scheint mir interessant hinsichtlich der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland zu sein. Wenn es in den MOE-Staaten gerechtfertigte oder nicht gerechtfertigte Ängste gegenüber Russland geben sollte, könnten diese viel besser durch eine gemeinsame Außenpolitik der EU minimiert werden. Dieses resultiert daraus, dass eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sowohl die außenpolitische Agenda der mittel- und westeuropäischen Staaten berücksichtigen müsste. Dadurch konnte man sicherstellen, dass die kleineren und von russischen Energielieferungen abhängigen Staaten weniger gerechte oder ungerechte Vorbehalte gegenüber Russland hätten.

Mit dem Bau der Ostsee-Pipeline haben einzelne Staaten die Ängste einiger MOE-Staaten vergrößert, statt sie zu verkleinern. Wenn die Nord-Stream-Pipeline ein Projekt der Europäischen Union wäre und nicht ein bilaterales Konzept zwischen Deutschland und Russland (später auch Frankreich und den Niederlanden) hätte es positive Folgen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland haben können. Stattdessen müsste man feststellen, dass in einigen Kreisen dieses Projekt äußerst skeptisch gesehen wurde:

Poland and the Baltic states have criticized Germany for signing the deal with Gazprom over their heads, disregarding the interests of other EU countries in Central Europe. Poland's Defense Minister Radosław Sikorski said the agreement is in line with the tradition of the 1939 Ribbentrop–Molotov Pact that planned the invasion of Poland by the Soviet Union and the Third Reich. Pol-

ish Foreign Affairs Minister Anna Fotyga stated in an interview that Poland perceived the pipeline „as a threat to its energy security”. (Jezierski, 2006)

Eine eventuelle schnellere Einbindung der MOE-Staaten in dieses europäische und nicht in ein bilaterales Projekt hätte positive Folgen sowohl für das Klima in der Europäischen Union als auch für die Beziehungen zwischen der EU und Russland haben können.

5. Gazproms Investitionen in der Europäischen Union

Neben der russischen Außenpolitik, welche speziell im Kontext der Energiefragen immer mehr Besorgnis bei den europäischen Partnern auslöst, stellt auch die Aktivität des russischen Energiegiganten in der Europäischen Union ein nicht zu unterschätzendes Phänomen dar. Die Festigung der wirtschaftlichen Position eines Unternehmens ist an und für sich nicht bedenklich, aber in diesem Zusammenhang sollte man festhalten, dass die Gazprom erstens eine staatliche Firma ist und zweitens ihr Verhalten speziell in den Energiekrisen zwischen Russland und Ukraine bzw. Weißrussland bestenfalls als bedenklich bezeichnet werden kann (Łoskot-Strachota, 2009, S. 18 ff.). Die enge Verknüpfung zwischen der Gazprom und den politischen Institutionen kann zu einer politischen Instrumentalisierung der Erdgaslieferungen führen. Wenn jetzt eine solche Firma eine sehr expansive Politik in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten betreibt, kann man zum Schluss kommen, dass diese Instrumentalisierung gegebenenfalls auch gegenüber diesen Staaten eingesetzt werden könnte. In diesem Zusammenhang scheint mir auch die Divergenz zwischen den Investitionsmöglichkeiten von europäischen bzw. globalen Firmen in einzelnen wirtschaftlichen Sektoren Russlands und den Aktivitäten russischer Unternehmen im EU-Raum keinen reziproken Charakter zu haben. Da Russland weiterhin nicht gewillt ist ausländischen Firmen den Zugang zum russischen Markt bzw. zu den einzelnen Sektoren zu ermöglichen und alles unter Bezugnahme des Begriffs „nationales Interesse” (speziell im Rohstoffbereich) erklärt, sollten vielleicht die einzelnen EU-Staaten eine ähnliche Strategie verfolgen. Natürlich würde dieses sowohl für die EU-Staaten als auch für Russland mittel- und langfristig negative Konsequenzen haben. Auch un-

ter Berücksichtigung der völlig anderen politischen Agenda in Russland – Monopolisierung und der EU – Liberalisierung sollte man entweder eine Kompromissebene finden oder aus sicherheitspolitischer Sicht Schritte unternehmen um sicherzustellen, dass die Aktivität der Gazprom in der Europäischen Union keine negativen Folgen sowohl direkter als auch indirekter Art nach sich ziehen würde.

In diesem Zusammenhang werde ich die Aktivitäten von Gazprom in der Europäischen Union näher thematisieren. Der russische Erdgasgigant hat sich auf fünf konkrete Investitionsgebiete konzentriert:

– The gas export routes from Russia to Europe are diversified to only a small degree, and the largest portion of gas is transited to end-consumers via third countries. Despite Gazprom's efforts to limit the importance of the Ukrainian gas transit corridor, it remains the main export route. Ukrainian pipelines transmit 66% of the c. 155 bcm of gas sent from Russia to the EU (calculated on the basis of Gazprom's figures for 2008). The other two routes of Russian gas exports to Europe, the Yamal-Europe and Blue Stream gas pipelines, play a considerably less important role.

– Gazprom co-owns and/or co-operates all the gas pipelines in the Baltic states and Moldova, the entire Yamal gas pipeline, a 37.5% share in other gas pipelines in Belarus, and most gas pipelines in Finland (through its 25% stake in Gasum Oy). It also holds shares in the Yamal gas pipeline in Poland (48.64%), in some gas pipelines in Germany (50% less 1 share in the gas pipeline network of Wingas, and 5.26% in VNG's network in eastern Germany); through Wingas it will also hold shares in the OPAL gas pipeline currently under construction. The takeover of 50% of the Austrian gas hub in Baumgarten is currently being finalized (to be completed by the end of 2009). In other European countries, Gazprom is only planning to invest in the gas transmission systems.

– Gazprom holds shares in several European underground gas storage facilities through the stakes it holds in Germany's Wingas and VNG, as well as Latvia's Latvijas Gaze, and is leasing some storage capacity in depots in other EU countries, including the UK.

– Gazprom has gained direct access to the final gas market in the Baltic states, Moldova, Finland, Germany (through shares in companies present on that market) and Ukraine (without taking over any assets; Gazprom's subsidiary GazpromZbyt has been dealing with gas sales to end-consumers

in Ukraine since 2008). In the other European countries, Gazprom has only a small direct presence on the final gas market

– Gazprom is also involved in the indirect sale of gas to final consumers; that is, sales via other companies with which the Russian company has more or less transparent relations. Such companies have benefited from the liberalisation of the EU gas market, and they sign the contracts for the provision of gas to end-consumers. These have been increasingly active in the EU, although the pace of their growth is being restrained by European competitors, as well as by national and EU-wide legislation (Łoskot-Strachota, 2009, S. 12 ff).

Man kann anhand dieser Fakten klar die starke Position der Gazprom innerhalb der einzelnen EU-Staaten sehen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass der russischen Energiegigant sich hauptsächlich auf die folgenden Staaten ausgerichtet hat: Deutschland (16 Firmen), Niederlande, Österreich (jeweils 12), Großbritannien, Zypern (jeweils 10) und Italien (7). Interessant ist hierbei die geringe Aktivität der Gazprom in Frankreich (2). Die Aktivität der von der Gazprom gegründeten Firmen bzw. Joint-Ventures reicht vom Erdgashandel, Erdgaslagerung, Erdgastransport bis zum Handel mit Erdölzeugnissen. Man kann sagen, dass diese Investitionen der Gazprom dazu führen, dass die russische Position gegenüber der Europäischen Union stärker wird. Dieses resultiert auch aus der PR-Arbeit und dem Lobbying, welchen die Gazprom betreibt (Łoskot-Strachota, 2009, S. 26).

In diesem Kontext muss man erwähnen, dass die neu entstandene Sachlage nach dem Georgien-Krieg 2008 und der immer stärker in Bedrängnis geratenen Wirtschaftssituation nach der Immobilienkrise in den USA dazu führte, dass die westliche Staatengemeinschaft sehr gute Möglichkeiten erhalten hat auf die russische Führung, speziell im Zusammenhang mit der Energiesicherheit, einzuwirken. Die weltweite Wirtschaftskrise machte auch vor Russland nicht halt. Mit der Rezession fielen auch die Rohstoffpreise. Dies führte zu einem drastischen Abfall der finanziellen Mittel, welche die Rohstoffkonzerne in den Solidaritätsfonds einzahlen. Daneben konnte man sowohl während des Georgien-Krieges als auch in Folge der Wirtschaftskrise eine massive Kapitalflucht wahrnehmen, welche man auch anhand der Moskauer Börse erkennen konnte. Diese Faktoren führten schlussendlich dazu, dass der russische Erdgasgigant langsam

in finanzielle Nöte gekommen ist. Die enormen und aggressiv durchgeführten Investitionen in die westlichen Märkte brachen mehr oder minder zusammen. Einige Experten gingen sogar davon aus, dass der Bau der Nord-Stream-Pipeline durch diese wirtschaftlichen Komplikationen bis zu einem gewissen Grad gefährdet war (o.V., 2009). Diese finanziellen Probleme zeigen, dass die politische bzw. wirtschaftliche Zielrichtung von Gazprom in den letzten Jahren u.U. zu aggressiv konzipiert war⁸. Der Erdgasgigant konzentrierte sich vehement nur auf die Übernahme von einzelnen Betrieben in den westlichen Staaten ohne zugleich genügend finanzielle Mittel für den Ausbau der innerrussischen Infrastruktur bereitzustellen. Die Aussagen von Miller und anderen wichtigen Vertretern der Gazprom, dass man heute keine Investitionen in neue Erdgasquellen tätigen muss, weil die derzeitige Produktion für der Export weiterhin ausreicht und später der Gazprom enorme finanzielle Mittel zu Verfügung stehen werden, um gegebenenfalls eine schnellere Ausbeutung der Quellen zu ermöglichen, waren aus wirtschaftlicher Sicht schlicht falsch (vgl. Wróbel, 2009).

Literatur

- Baczynska, G., Johnson, S., Lamppu, E., Korsunskaya, D., & Wasilewski, P. (2009). Nord Stream pipeline gets nod from Sweden, Finland, *Reuters*. Abgerufen am 15.12.2009 von <http://uk.reuters.com/article/idUKL532415220091105?sp=true.html>.
- Berliner Zeitung. (2000). Abgerufen am 6.9.2009 von <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/0218/none/0016/index.html>.
- BP Statistical Review of World Energy 2009.
- Dąbrowski, S. (2010). Polska wobec projektu Gazociągu Północnego (Polen und das Nord-Stream Projekt). Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.psz.pl/Stanislaw-Dabrowski-Polska-wobec-projektu-Gazociagu-Polnocnego.html>.
- DGAP (2006). Abgerufen am 4.7.2007 von http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-bb38a0fcc28d11dbbf6131f106b1ec05ec05/Energiesicherheit+BW-Reader+12_2006.pdf.
- eGospodarka. (2006.) Abgerufen am 4.2.2007 von <http://www.egospodarka.pl/18589,Tydzien-46-2006-13-19-11-2006,1,25,1.html>.

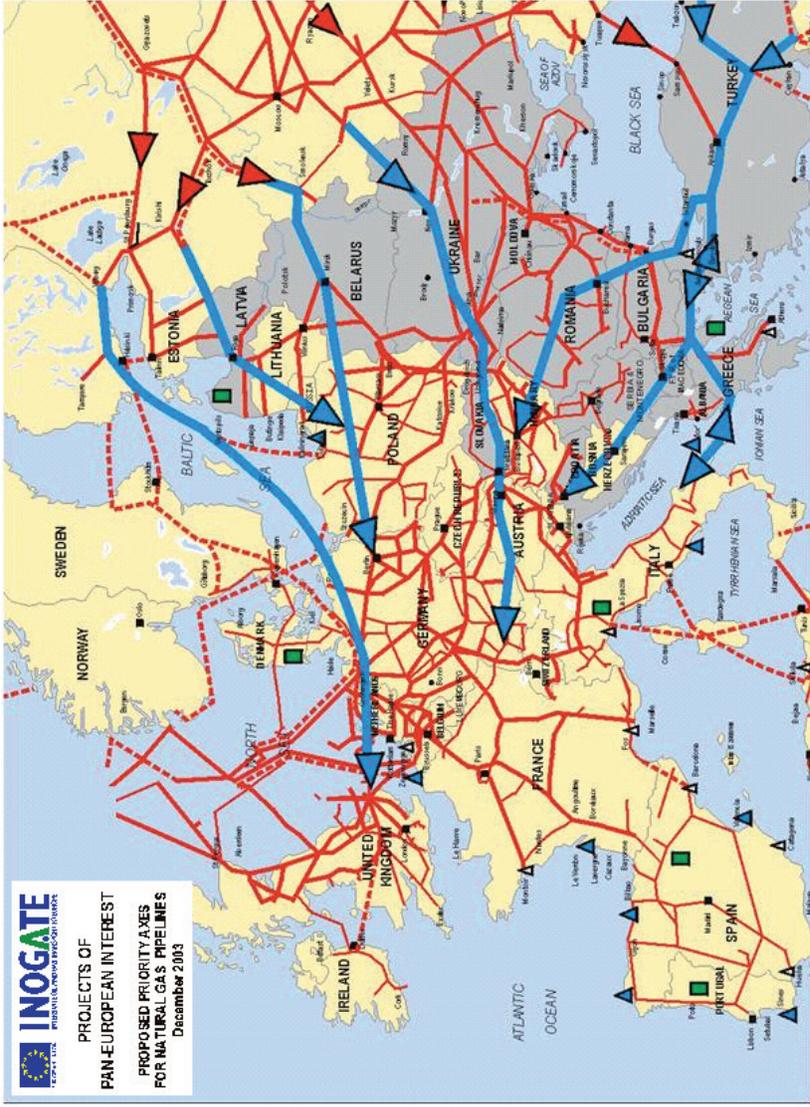
⁸ Der Börsenwert der Gazprom lag an der London Stock Exchange im Juli 2008 bei 336,7 Mrd.\$.. Ende November betrug dieser 70,5 Mrd.\$.. Abgerufen am 15.06.2010 von www.wyborcza.biz/biznes/1,106501,8015980,Prezes_Gazpromu_prognozuje_wzrost_ceny_gazu_dla_Europ.html

- Fischer, S. (2007). *Verrat an Europa?*, SWP-Diskussionspapier.
- Gazprom. (2006). Nord Stream: Historical Background. Abgerufen am 12.11.2008 von <http://old.gazprom.ru/eng/articles/article22901.shtml>.
- Goldthau, A. (2007). Gasproduzenten rücken zusammen, *SWP-Aktuell*, 26.
- Gretschmann, K. (2008, 7. März). *Politikberatungsseminar Für eine nachhaltige gemeinsame Energiepolitik in Europa: Gelingt die Energieversorgung sicher, umweltvertraglich und wettbewerbsfähig?* Wien.
- Götz, R. (2007). Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, *SWP Diskussionspapier*.
- Jeziorski, M. (2006). Gas Diplomacy. *The Warsaw Voice*. Abgerufen AM 5.5.2010 von <http://www.warsawvoice.pl/WVpage/pages/article.php/11553/article.html>.
- Kinnunen, T., Young, B. (2010). Nord Stream cleared to start construction in April, Feb 12, 2010. *Reuters*. Abgerufen am 5.5.2010 von <http://uk.reuters.com/article/idUKLDE61B03H20100212?sp=true.html>.
- Kublik, A. (2007a, 7. Februar). Kolejna odsłona przejęcia Możejek (Die nächste Runde der Übernahme der Možeikiu). *Gazeta Wyborcza*, S. 23.
- Kublik, A. (2007b). Jak uprzykrzyć życie Orlenowi (Wie kann man Orlen das Leben schwer machen). *Gazeta Wyborcza*, S. 21.
- Kublik, A. (2007c). Możejki kością niezgody dla wierzycieli Jukosu (Der Streit der Yukos Gläubiger wegen Možeikiu). *Gazeta Wyborcza*, S. 29.
- Lucas, E. (2008). *Nowa zimna wojna*. Poznań.
- Lucian, K., & Walters, G. (2007). Gazprom Picks Company for Northern Gas Pipeline, *Bloomberg*. Abgerufen am 12.11.2008 von http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=aX0USO7D_JL4.
- Łoskot-Strachota, A. (2006). Rosyjski gaz dla Europy (Russisches Erdgas für Europa). OSW (Zentrum für Ostforschung).
- Łoskot-Strachota, A. (2007). South-Stream: nowy projekt stare cele (South-Stream: neues Projekt alte Ziele), OSW (Zentrum für Ostforschung). Abgerufen am 12.10.2007 von <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/tydzien-na-wschodzie/2007-06-27/south-stream-nowy-projekt-starecele.html>.
- Łoskot-Strachota, A. (2009). Gasprom's expansion in the EU: co-operation or domination?. OSW (Zentrum für Ostforschung). Abgerufen am 5.5.2010 von http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/GP_EU_10_09_en.pdf.
- Nord-Stream (2007). Abgerufen am 15.2.2008 von http://www.nord-stream.com/home.html?&no_cache=1&L=1.
- OSW (2007a). Abgerufen am 1.5.2007 von <http://www.osw.waw.pl/pub/BiuletynOSW/2007/04/070412/TnW01.html>.
- OSW (2007b). Abgerufen am 1.7.2007 von <http://www.osw.waw.pl/pub/BiuletynOSW/2007/06/070627/TnW01.html>.
- OSW (2007c). Abgerufen am 12.12.2007 von <http://www.osw.waw.pl/pub/BiuletynOSW/2007/11/071114/TnW01.html>.

- o.V. (2005). Nach Merkels Bestätigung als Bundeskanzlerin wird die deutsch Außenpolitik sich nicht grundsätzlich ändern. Abgerufen am 18.09.2008 von <http://www.russland.ru/kanzlerwahl/morenews.php?iditem=48>.
- o.V. (2007). Litwa grozi Moskwie wetem, jeśli nie puści ropy do Możejek (Litauen droht Moskau mit dem Veto, wenn es kein Erdöl nach Možeikiu lässt), *Gazeta Wyborcza*.
- o.V. (2008). Politiker fordern Ausschluss Russlands aus G8, *Die Welt*. Abgerufen am 14.12.2008 von <http://www.welt.de/politik/article2375874/Politiker-fordern-Ausschluss-Russlands-aus-G-8.html>.
- o.V. (2009). Gazpromowi brak pieniędzy na Nord Stream (Gazprom fehlt das Geld für die Nord-Stream-Pipeline), *TVN24*. Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.tvn24.pl/0,1600248,0,2,gazpromowi-brak-pieniedzy-na-nord-stream,wiadomosc.html>.
- o.V. (2010). Gazprom launches Portovaya compressor station construction. Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.gazprom.com/press/news/2010/january/article74659/>.
- PAP Aussendung (2009. 6. August). Turcja i Rosja podpisały protokół ws. Gazociągu South Stream (Die Türkei und Russland haben ein Protokoll bezüglich der South-Stream-Pipeline unterschrieben). *PAP Aussendung* 6.08.2009.
- Paszyc, E. (2007). Gazowy OPEC czy gazowy straszak? (Erdgas OPEC oder Erdgasschreck?). *OSW* (Zentrum für Ostforschung). Abgerufen am 17.11.2008 von <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/tydzien-na-wschodzie/2007-04-11/gazowy-opek-czy-gazowy-straszak.html>.
- Paszyc, E. (2010). Nord Stream i South Stream nie rozwiążą problemów Gazpromu (Nord-Stream und South-Stream werden die Probleme der Gazprom nicht lösen). *OSW* (Zentrum für Ostforschung). Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/komentarzeosw/2010-01-28/nord-stream-i-south-stream-nie-rozwiaza-problemow-gazpromu.html>.
- Pleines, H. (2006). Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt. *DGO*. Abgerufen am 18.12.2009 von <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen02.pdf>.
- Potocki, W. (2006). Gazprom strategia totalna cz. 2 (Gasprom totale Strategie Teil 2) Abgerufen am 5.5.2010 von http://ceo.cxo.pl/artykuly/52946_0/Gazprom.strategia.totalna.cz.2.html.
- Prus, J., & Reszka, P. (2008). Rosja sama skazuje się na izolację (Russland verurteilt sich selber zur Isolation). *Dziennik*, S. 12.
- Rahr, A. (2008). *Russland gibt Gas*. München.
- Riley, A., & Umbach, F. (2007). *Out of Gas*. Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-68f263b0de9311dbbc30f38b-b154c874c874/IPTIP+Russian+Gas+Shortage+1-07.pdf>.
- Rüther, T. (2008). Die Russen kommen nicht, sie sind schon da. *FAZ*. Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.faz.net/s/RubCC21B04EE95145B3AC877C874FB1B611/Doc~EAAF5545C83C14D5FA4CD9ACCBB179B70~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

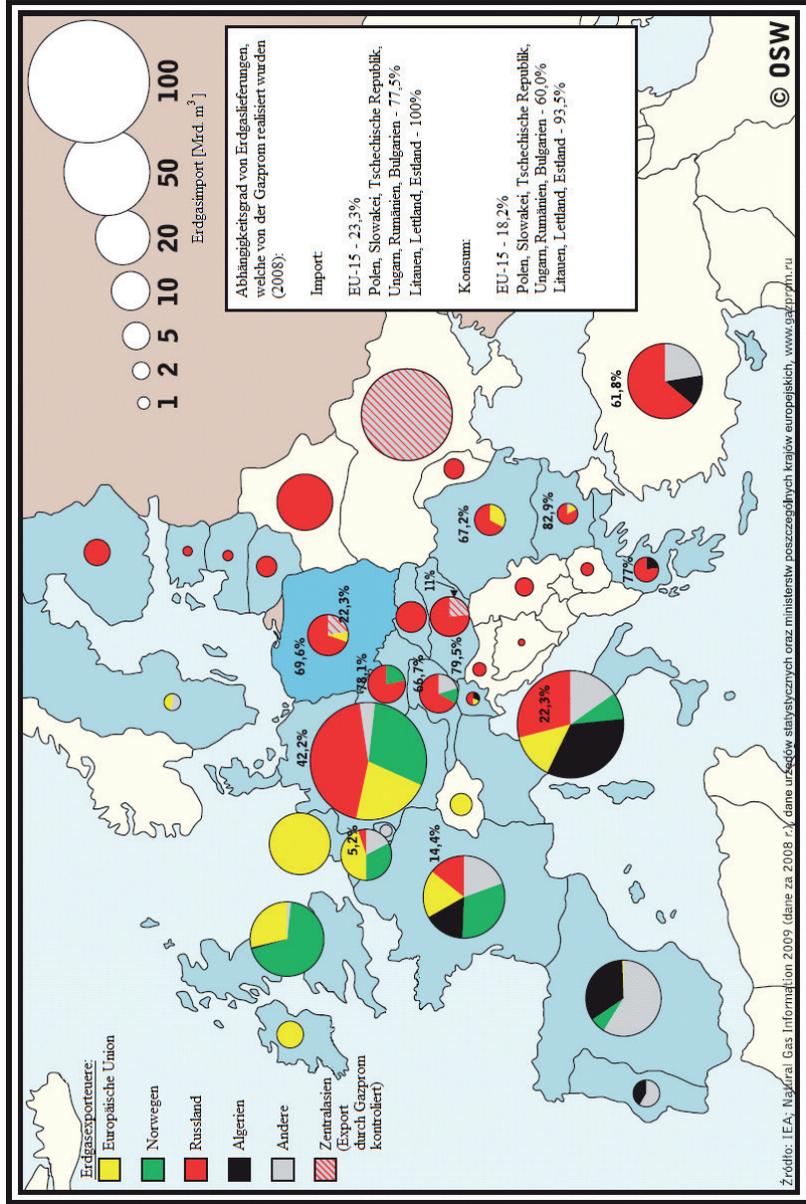
- Schmidt, H.-J. (2008). Russland drosselt Öllieferungen nach Tschechien. *Die Welt*. Abgerufen am 09.10.2008 von http://www.welt.de/politik/article2205085/Russland_drosselt_Oellieferungen_nach_Tschechien.html
- Socor, V. (2006). Russian Energy Supply Cutoff to Georgia: Another Wake-Up Signal To The West. Abgerufen am 5.5.2010 von [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=31313](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=31313).
- Umbach, F. (2006). Europas nächster Kalter Krieg. Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit, *IP*, Abgerufen am 23.04.2007 von http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/2006/februar2006/download/ef30a47844ce11db9fd60536557b-61c061c0/original_IP_0206_Umbach.pdf.
- Umbach, F. (2003). *Globale Energiesicherheit*. München: Oldenbourg.
- Wróbel, P. (2009). Wpływ globalnego kryzysu na pozycję Rosji w relacjach z Unią Europejską (Der Einfluss der Weltkrise auf die Position Russlands in den Beziehungen mit der Europäischen Union). Abgerufen am 5.5.2010 von <http://www.psz.pl/Pawel-Wrobel-Wplyw-globalnego-kryzysu-na-pozycje-Rosji-w-relacjach-z-Unia-Europejska>.

Abbildung 1. Europäisches Pipelinenet



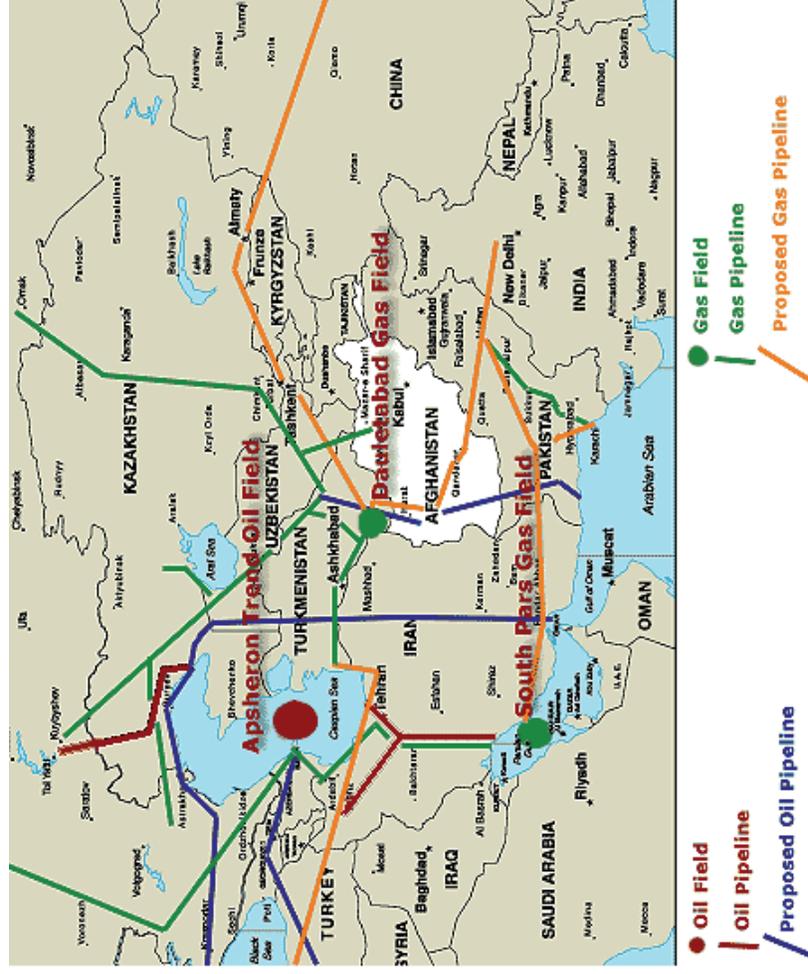
Quelle: [http://www.inogate.org/inogate_resource_center/maps/gas_map_big.gif](http://www.inogate.org/inogate_programme/inogate_resource_center/maps/gas_map_big.gif) (aufgerufen 5.5.2010)

Abbildung 2. Erdgasimporte der europäischen Staaten nach Herkunftsland



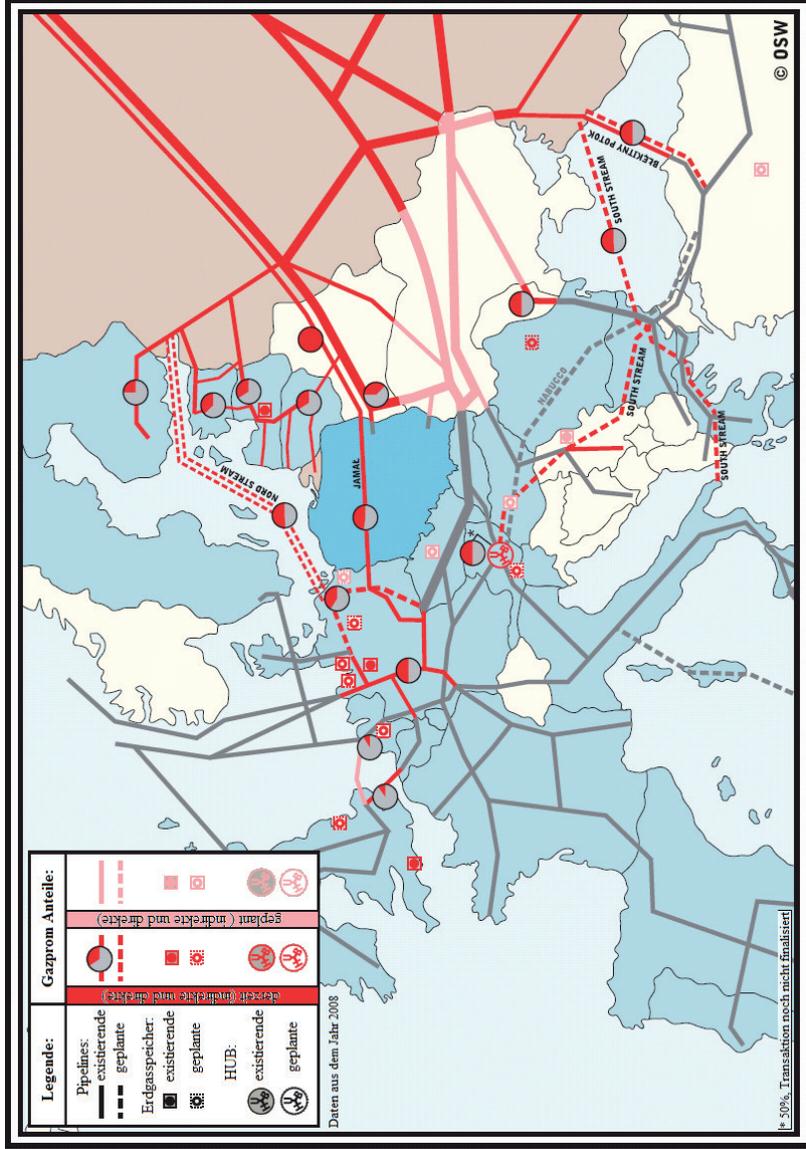
Quelle: Łoskot-Strachota, Agata: Ekspansja Gazpromu w UE – kooperacja czy dominacja, OSW, Warszawa 10/2009, S. 9

Abbildung 3. Pipelinenetz in Zentralasien



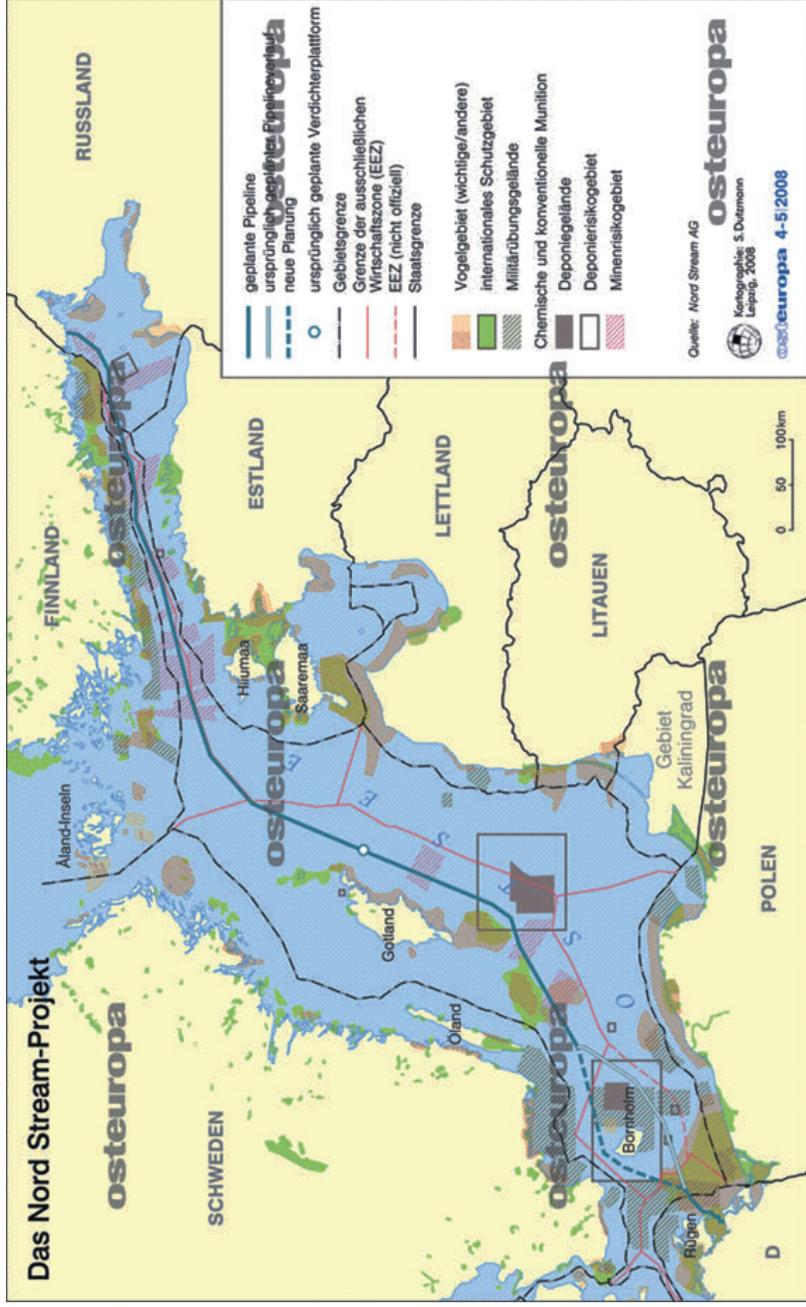
Quelle: <http://www.worldpress.org/specials/pp/pipelines.htm> (aufgerufen 5.5.2010).

Abbildung 4: Europäische Pipelines und deren Eigentümer



Quelle: Łoskot-Strachota, Agata: Ekspansja Gazpromu w UE – kooperacja czy dominacja, OSW, Warszawa 10/2009, S. 13.

Abbildung 5: NORD-STREAM-Pipeline



Quelle: <http://www.osteuropa.dgo-online.org/maps/02.03> (aufgerufen 5.5.2010).

Abbildung 6: SOUTH-STREAM-Pipeline



Quelle: http://south-stream.info/fileadmin/pixs/sotrudnichestvo/3d_map/south_stream_europe_big_eng_final.jpg (aufgerufen 5.5.2010).